Internationaler Tag gegen Rassismus: Millionen Menschen sind noch immer von Rassismus betroffen – Europäische Menschenrechtsinstitutionen fordern Stärkung der Gleichbehandlungsstellen

Straßburg, Warschau, Wien, 21. März 2018 Die Förderung der Gleichheit und die Bekämpfung des Rassismus sind unerlässlich, um den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Sicherheit zu festigen, so die Leiter dreier europäischer Menschenrechtsinstitutionen in einer gemeinsamen Erklärung zum heutigen Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung.

Die Gleichbehandlungsstellen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung des Rassismus und müssten daher gestärkt werden. Diese Forderung erhoben Jean-Paul Lehners, Vorsitzender der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarates, Michael O'Flaherty, Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), und Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, Direktorin des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR).

„Tatkräftige und unabhängige Gleichbehandlungsstellen sind ein wichtiger Faktor bei der Verhütung und Beseitigung von Rassismus und Intoleranz“, erklärte der ECRI-Vorsitzende Lehners. „Wir sollten daher ihre Unabhängigkeit und Effektivität stärken und sicherstellen, dass sie über ausreichende Mittel verfügen, um Diskriminierung und Intoleranz in allen Lebensbereichen zu bekämpfen. Um den europäischen Ländern zu helfen, den Einfluss der Gleichbehandlungsstellen zu verbessern, hat die ECRI gerade neue Normen für die Einrichtung und die Funktionsweise von Gleichbehandlungsstellen herausgegeben“, fügte er hinzu.

„Wir stellen immer wieder fest, dass zu viele Menschen in Europa ihre Rechte nicht kennen oder nicht wissen, wer ihnen helfen kann. Menschenrechtsgesetze und Gleichbehandlungsstellen bilden das Fundament eines starken Rechtsschutzes, aber wir müssen auch das Bewusstsein stärken, um gegen den anhaltenden Rassismus und die ethnische Diskriminierung anzugehen, die in vielen Teilen Europas allzu verbreitet sind“, erklärte FRA-Direktor O'Flaherty. „Wir müssen uns für die Menschenrechte einsetzen, um die Toleranz in der Gesellschaft wieder zu beleben. Die Mitgliedstaaten sollten die Gleichbehandlungsstellen ermächtigen, Opfer von Rassismus zu verteidigen oder verbindliche Entscheidungen zu treffen.“

„Die Gleichbehandlungsstellen müssen gestärkt werden, insbesondere dadurch, dass sie – als Teil umfassender Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz – über das erforderliche Mandat und die nötigen Ressourcen verfügen“, so die BDIMR-Direktorin Gísladóttir. „Gleichbehandlungsstellen sind unerlässlich, um Diskriminierung, Hassreden und andere Formen der Intoleranz wirksam entgegentreten zu können. Sie ergänzen die Strafrechtssysteme, die gewaltsame Formen von Rassismus wie beispielsweise Hassverbrechen verhindern, gegen Verdächtige ermitteln und die Verurteilung der Täter sicherstellen.“

Zum Schluss ihrer gemeinsamen Erklärung unterstrichen die Leiter der drei Menschenrechtsinstitutionen die Notwendigkeit, jede neue Generation von Europäern zu sensibilisieren, informieren und fortzubilden, damit sie sich erfolgreich gegen Rassismus und Intoleranz positionieren können.

Equinet, das europäische Netzwerk der Gleichbehandlungsstellen, schloss sich der heutigen Erklärung an und begrüßte die neuen ECRI-Normen und andere Initiativen zur Stärkung der Gleichbehandlungsstellen sowie deren Beitrag zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus.

Im Jahr 1996 erklärten die Vereinten Nationen den 21. März zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung, im Gedenken an die 69 Menschen, die sechs Jahre zuvor in Sharpeville in Südafrika während einer friedlichen Demonstration gegen das Apartheidsystem getötet worden waren.